



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

12. Juni 1950

P/V/133

Einweise
auf den Inhalt:

Stalin der Scheinbare - Die künftige Entwicklung in der Ostzone	S.1
Nicht-Tschechen dirigieren in Prag	S.3
Prof.Noack bleibt bei seinem Neutralitäts-Spleen	S.4
Die Pfennig-Strategie der Post	S.6
Wachrichten aus der Ostzone	S.7

Stalin der Scheinbare

sp. In Berlin-Pankow kündigen sich unwälzende Ereignisse an, die aus dem Okkupationsgebiet der Roten Armee das Protektorat Moskaus machen sollen. Vor wenigen Tagen ist Ulbricht in Warschau einem Moskauer Auftrag nachgekommen und hat die deutschen Ostgebiete durch einen Federstrich an die Okkupanten verschenkt. Einen Tag später winken die Sowjets mit dem Preis der staatlichen Selbständigkeit, die eine Farce ist und Fiktion bleibt, solange die Macht von Leuten gehandhabt wird, die auf den leisesten Wink aus Moskau reagieren. Es braucht nicht erwähnt zu werden, dass sich nach der Auswechslung der sowjetischen Kontrolleure an der machtpolitischen Situation in der Ostzone nicht das Geringste ändern wird.

Mit der Überleitung der sowjetischen Kontrolle aus militärischen in politische Hände beginnen sich Ulbrichts Moskauer Besprechungen zu realisieren. Die bevorstehende Wahlkomödie vom 15. Oktober ist der nächste Schritt, der das Ostzonenregime aus dem Stadium des Provisoriums in den Status eines nach aussen hin selbständigen Staatsgebildes führen soll. Nach dem heute bereits vorliegenden Wahlergebnis wird eine "gewählte" Vertretung von meinungslosen Ja-Sagern einen separaten Friedensvertrag unterschreiben als Voraussetzung für eine Einbeziehung in den Ostblick. In Wahrheit ist dieses Staatsgebilde längst ein Bestandteil der Moskauer politischen und wirtschaftlichen Planungen. Wie weit dieser Prozess auch auf militärischem Gebiet ge-

diesen ist, mag man an den Ereignissen um die Volkspolizei und die FDJ ermessen. Alle politischen Manipulationen, von denen man glaubt, dass sie das Prestige der Ostzonenregierung stärken werden, haben nichts anderes zum Ziel, als auf staatlichem Gebiet das Abhängigkeitsverhältnis herbeizuführen, wie es zwischen der KPdSU und der KP/SEP bereits besteht. Es ist mit anderen Worten die totale Bolschewisierung, wobei man sich freilich nur auf eine dünne Schicht von Funktionären stützen kann. Darin liegt zugleich die Quelle aller Unfreiheit.

Die im Augenblick durchgeführte Kampagne zur Vorbereitung des dritten SED-Parteitagess ist die letzte Etappe der "Reinigung" von allen sozialdemokratischen und nichtkommunistischen Elementen, die seit der Zwangsvereinigung die Aktivität der kommunistischen Kader lähmten. Der ideologische Kurswechsel vom "deutschen Sozialismus" zum Nachbeten der Sprüche der bolschewistischen Katechismen schuf die Basis zur Entwicklung der "Partei neuen Typs" nach den Erfordernissen der bolschewistischen Theorie. In den Fusstapfen der KPdSU schuf die SED ein Politbüro als zentralen Befehlsempfänger der Moskauer Gebote und linientreue Kader als gewissenlos ausführende Organe dieses Büros. Als nächste Etappe ist die Ernennung eines Generalsekretärs dieser Partei vorgesehen. Es steht bereits heute fest, dass in diese wichtigste Position des bolschewistischen Parteiapparates nur der ergebnste Vertrauensmann Moskaus in Deutschland, Ulbricht, eingesetzt werden wird. Nicht nur die Errichtung dieses Postens entspricht dem sowjetischen Vorbild; dadurch, dass man den heute mächtigsten Mann der Ostzone auf den Parteithron hebt, unterstreicht man erstens die Bedeutung, zweitens den sowjetischen Charakter dieses Ereignisses. Ulbricht hat ein grossartiges Vorbild: Stalin hat zu keiner Zeit stärker in das Räderwerk der Geschichte eingegriffen als zu der Zeit, da er "nur" Generalsekretär der KPdSU war.

Mit Ulbricht als Generalsekretär der SED wird nach der Liquidation der letzten nicht-bolschewistischen Elemente dieser "Einheitspartei" das Instrument geschaffen, das aus dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands ein Glied des Kominformblocks macht. Der russische Agent Ulbricht wird als Generalsekretär noch beflissener als bisher bestrebt sein, die Anweisungen des Kremls in Deutschland durchzuführen. Er wird, wie er im Äusserlichen der Lenin Deutschlands ist, innerlich der Stalin Deutschlands sein wollen. Es wäre ein Fehler, diese Absicht mit all ihren Konsequenzen zu unterschätzen, denn hinter Stalin dem Scheinbaren werden die Bajonette Stalins des Wirklichen stehen.

Nicht-Tschechen dirigieren in Prag

(sp) Prag, im Juni 1950

Als kürzlich zu tschechoslowakischen Staatsfeierlichkeiten eine russische Delegation in Prag weilte - an der Spitze Vize-Aussenminister Valerian Alexandrowitsch Zorin, ein alter Bekannter der heutigen Machthaber in Prag, weil er ihnen persönlich im März 1948 zur Macht verholfen hatte - konnte man eine interessante Entwicklung beobachten. Bei allen Gelegenheiten, auf dem Bahnhof, bei der Rezeption im Czernin-Palais, bei der Truppenparade usw. standen in unmittelbarer Nähe der Russen zwei Männer, von denen man sonst in der Tschechoslowakei wenig spricht, aber umso mehr flüstert: zwei Sudetendeutsche. Bedrich (Fritz) Geminder der eine, Bedrich Rejoin (Fritz Reizinger) der andere. Ihre Existenz ist nicht neu; schon im Vorjahr war offenkundig geworden, dass zwei der in Prag so verpönten Sudetendeutschen ihre Hand an wichtigen Fäden haben. Aber während man damals die beiden bei offiziellen Gelegenheiten noch diskret im Hintergrund stehen liess, um die antideutschen Gefühle der Bevölkerung zu schonen, ist man heute über diese Bedenken bereits erhaben.

Auch äusserlich merkt man den beiden sudetendeutschen Kommunisten ihren Aufstieg an. Mit der Sicherheit eines Mannes, dessen Wink unter Umständen ein Todesurteil bedeuten kann, bewegt sich Geminder unter den offiziellen Grössen des Landes und mit dem Bewusstsein, sie alle, deren Namen lauter genannt werden als der seine, in der Hand zu haben. Er ist der von 1934 bis 1937 in Moskau spezialgeschulte und nach 1945 als vorgeschobener Beobachter Moskaus in Prag eingesetzte linientreue Kommunist, der vom Polit-Büro der tschechischen KP aus die "Sauberkeit" der Partei überwacht und dessen Urteil nicht nur den politischen Tod, wie kürzlich bei Ex-Aussenminister Clementis, sondern häufig auch den physischen Tod bedeuten kann. Zusammen mit Kopriva (Gewerkschaftler) und Slansky (ParteiSekretär) übt er die wahre Macht in Prag aus.

Noch deutlicher demonstriert äusserlich Fritz Reizinger die gehobene Würde. Was Geminder auf politischem Gebiet, ist Reizinger auf dem militärischen Sektor, nämlich der oberste Politruk der tschechischen Armee. Vor einem Jahr noch Oberstleutnant, prangt seine Uniform heute im Rot der Generalsstreifen. Der politische Brigadegeneral Reizinger hat kürzlich den um die Errichtung des kommunistischen Regimes nicht unverdienten militärischen Fachmann, den Armeegeneral Svoboda, aus dem tschechischen Kriegsministerium komplimentiert, als Moskau

den Zeitpunkt für gekommen erachtete, ähnlich wie in Polen auch in der Tschechoslowakei die Armee noch stärker auf den kommunistischen Vordermann zu bringen.

Beide, Reizinger und Geminder, verdanken ihre Positionen der Moskauer Erkenntnis, die Kontrolle über die Tschechen, die es so nahe zum Westen mit all seinen Versuchungen haben, durch Nicht-Tschechen ausüben zu lassen, weil diese am wenigsten in einer ihnen national fremden Umgebung dazu neigen können, sich einem Nationalbolschewismus à la Tito zu ergeben. Die bisherige Entwicklung in der CSR hat diese Kalkulation Moskaus nicht desavouiert. Die Gerüchte über titoistische Anwandlungen Gottwalds sind seit dem Sturze Clementis verstummt; Geminder und Reizinger dürften ganze, in diesem Fall vorbeugende Arbeit geleistet haben.

(b/B81/126/2/hs)

- - -

"Fall auf Neutralität nicht rein"

Prof. Noack bleibt bei seinem Spleen

W.P. Seit dem Herbst 1948 hat der Neutralisierungsplan des Würzburger Geschichtsprofessors Ulrich Noack wiederholt im Mittelpunkt einer Diskussion gestanden. Ihr Verlauf war jeweils gekennzeichnet durch unverhohlene Sympathie seitens der Kommunisten und SEPIsten und deutliche Ablehnung jener, die in der Neutralisierungspropaganda den Versuch einer Bolschewisierung Westdeutschlands erkennen.

Professor Noack reiste mehrere Male in die sowjetische Besatzungszone und besuchte das SEF-Hauptquartier und Vertreter der Besatzungsmacht in Karlshorst. Sein letzter Besuch - im März dieses Jahres - brachte ihm eine peinliche Überraschung. Ulbricht hielt ihm persönlich einen Vortrag über Neutralität, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig liess und die Forstschüler der Akademie in Forstzinna protestierten mit Schärfe gegen jegliche Neutralität. Die Diskussion wurde abgebrochen und nicht wieder aufgenommen.

Wer aber geglaubt hat, diese Enttäuschung habe Prof. Noack zu einer Änderung in seinem Verhältnis zum Osten geführt, ist nach der kürzlich veranstalteten Witzenhausener Arbeitstagung des Nauheimer Kreises eines Besseren belehrt worden. Man bemühte sich krampfhaft, die Verbindungen zu den ostzonalen Stellen nicht abreißen zu lassen und hatte noch kurz vor Beginn der Tagung in Karlshorst vorfühlen lassen, ob und inwieweit man sich in Witzenhausen mit der Haltung der SEF kritisch befassen dürfe.

Der Kriegszustand ist als^o auf die SEF begrenzt worden, während

die russische Besatzung angeblich mit Wohlwollen und Sympathie die Arbeit des Nauheimer Kreises beobachtete. So wenigstens versucht Noack einen Riss zwischen sowjetischer Besatzungsmacht und Ulbricht zu konstruieren. Er will sich nicht darüber klar sein, dass die Russen die Werbung für den Neutralisierungsgedanken in der Sowjetzone verboten haben. Lebte er im Osten, so wäre der Stab längst über Noack gebrochen, so wie über Prof. Hickmann (Ost-CDU), der über die Ansicht, dass die Neutralität Deutschlands Voraussetzung für Einheit und Frieden sei, gestürzt wurde.

Wenige Wochen nach der abgebrochenen Diskussion in Forstzinna gab die Volkspolizei, Hauptabteilung "Polit-Kultur", eine Broschüre heraus mit dem Titel "Das ist die Wahrheit über die Hickmänner." Darin heißt es, dass "es nur eine Linie gibt: entweder man steht an der Seite der Sowjetunion oder man steht an der Seite der Kriegstreiber." Was hiesse denn hier "neutral" sein? Am Schluß dieser Schrift steht folgender sicher auch Prof. Noack interessierender Spruch:

"Fall auf Neutralität nicht rein,
Ein Friedensfreund muss Kämpfer sein!
Wer abseits steht und garnichts tut,
Der macht damit dem Feinde Mut.
Glaubst also Du, 'neutral' zu sein,
Stärkst Du damit der Feinde Reih'n."

Hier kommt offen zum Ausdruck, dass man für die Sowjetzone garnicht daran denkt, den Illusionen eines Prof. Noack zu folgen, in Westdeutschland jedoch die Ausbreitung des Neutralisierungsgedankens für ein geeignetes Mittel hält, den Abwehrwillen gegenüber dem östlichen Totalitarismus zu schwächen und die Infiltrationsmöglichkeiten des Bolschewismus zu verbessern.

Nach der Aussprache in Witzenhausen hat sich der Eindruck noch verstärkt, dass Prof. Noack das Spiel der Kommunisten spielt - übrigens virtuos begleitet von der kommunistischen Agentin und Schriftführerin des Nauheimer Kreises, Frl. Buschette. Das bezeugen nicht nur die demokratiefeindlichen Bemerkungen, die unwidersprochen blieben, sondern auch die heftigen Angriffe gegen die SPD. Wenn z.B. Prof. Strecker geraten wurde, mit angeblich in Hamburg ausgeschlossenen Gruppen ehemaliger SPD-Mitglieder eine neue SPD zu gründen oder Frl. Buschette empfahl, daß Prof. Strecker "Opfer der SPD" bleibe, so zeigte sich in alledem eine überraschende Annäherung an die kommunistischen Bestrebungen der sog. "Sozialdemokratischen Aktion", deren Führer, Artur von Machul, bis zu ihrer Gründung engster Mitarbeiter Prof. Noacks im Nauheimer Kreis

war.

Dass Prof. Strecker das Opfer einer getarnt kommunistischen Konspiration geworden ist, ist zu bedauern. Man kann aber nun einmal nicht in der SPD sein und in Vereinigungen mitwirken, die mit dem östlichen Totalitarismus kokettieren; auch nicht in Vereinigungen, in denen ohne Widerspruch erklärt werden kann: Freiheit sei auf dem Wege der Demokratie nicht möglich, da hier nur Parteien regierten. Das Wesen der Partei aber sei die Lüge! Das aber ist in Witzenhausen gesagt worden.

----- Die Pfennig-Strategie der Post -----

sp. Augenblicklich kostet ein Ortsgespräch 15 Pfennig. Wenn Sie telefonieren wollen, gehen Sie zur nächsten Fernsprechkabine, wo ein kleines Schild aushängt, das Ihnen mitteilt, an der und der Stelle (etwa am nächsten Postamt) seien die zum Telefonieren erforderlichen Wertmarken erhältlich. Sie kaufen zwei Wertmarken für zusammen 15 Pfennig. Wenn Sie nun diese beiden Marken einwerfen, können Sie telefonieren.

Das ist eigentlich ein ganz brauchbares System. Aber es verlautet, dass die Münzfernsprecher wieder auf Hartgeld umgestellt werden sollen. Nun, wir lassen jeden Fortschritt über uns ergehen. Nun werfen wir also wieder wie früher einen Groschen in den Apparat und telefonieren? O nein, so hat die Post es nicht gemeint! Z w e i Groschen, bitte!

Aus technischen Gründen! Nur und ausschliesslich aus technischen Gründen; die Post ist bereit, einen Eid darauf zu leisten. "Allerdings wird", so verlautbart sie, "ein Ortsgespräch statt bisher 15 dann 20 Pfennig kosten, da aus technischen Gründen der Einwurf von zwei Zehnpfennigstücken verlangt werden muss."

Der Einwurf ist nicht etwa "leider unvermeidbar"; er muss verlangt werden. Und wie vergnüglich, dass bei solcher guten Gelegenheit die Ortsgespräche n o c h m a l s u m w e i t e r e 5 Pfg. teurer gemacht werden können, ohne dass einer behaupten kann, es geschehe um der Verteuerung willen! Es sind ja nur technische Gründe, fast eine Art höherer Gewalt...

Vielleicht ist es vorerst nur ein Versuchsballon der zuständigen zentralen Dienststelle der Post, um zu erfahren, wie der Groschenbezahlter darauf reagiert. Schweigt er, so wird es ihm als Zustimmung ausgelegt. Deshalb möchte er seine Ansicht hierüber unbewimpelt zu Gehör bringen:

Herunter auf 10 Pfennig, und nicht hinauf auf 20 !
Das lässt sich nämlich technisch vortrefflich durchführen.

----- Geschichten vom Geldmarkt -----

sp. In Deutschland ist das Geld zur Mangelware geworden. Mit Mangelware aber lassen sich bekanntlich die besten und sichersten Geschäfte machen.

In den verschiedensten Zeitungen stösst man auf Inserate, nach

denen die sofortige Greifbarkeit von tausend oder mehr Mark angekündigt wird. Meldet sich der Interessent bei der aufgegebenen Stelle, so hat er zunächst eine Einzeichnungsgebühr zu zahlen und schliesslich in einer Vorlage seine Wünsche, seine Adresse und einiges mehr zu vermerken. Nach wenigen Tagen erreicht ihn ein Vordruck, der lediglich das aufgegebenen Inserat bestätigt und mitteilt, dass es an zehntausend interessierte Stellen verschickt werde. Wiederum nach einigen Tagen trifft eine Nachnahmesendung ein (in einem konkreten Fall über DM 19.--) und eine Zeitung, die mit wenigen Ausnahmen nur die Inserate von Geldsuchenden enthält; als Textseite dient lediglich die erste Seite. Sie dürfte ein glattes Geschäft sein, diese Zeitung! Sie heisst "Der Deutsche Goldmarkt" und erscheint im Springorum-Verlag G.m.b.H., Erwitte in Westfalen. Interessenten seien darauf aufmerksam gemacht.

Nachrichten aus der Ostzone:

"Qualitätsbrigaden"

sp. Der Landesvorstand Thüringen des FDGB fordert in einem Schreiben an die Betriebe die Eingliederung aller Arbeiter in die neu aufzustellenden Arbeitsbrigaden zum Kampf um die Auszeichnung "Brigade der ausgezeichneten Qualität". Die Siegerbrigade erhält einen blauen Wimpel, der am Arbeitsplatz aufgestellt werden soll.

+

Volkspolizei übt Strassenkampf

sp. In Kirchmöser-Ost, eine Station hinter Brandenburg, liegen in einem ehemaligen Flüchtlingslager rund 1.000 Volkspolizisten, die unter dem Kommando eines sowjetischen Oberstleutnant stehen. In den Strassen des Ortes finden häufig Übungen statt mit leichten und schweren Maschinengewehren und Maschinenpistolen. Die Übungen tragen den Charakter von Strassen- und Häuserkämpfen.

+

"Nationale Front" - Unterrichtsstoff für Handarbeitslehrerinnen

sp. Alle Lehrer, Rektoren und Kindergärtnerinnen, selbst Handarbeitslehrerinnen, in Mecklenburg mussten kürzlich einen Aufsatz über das Thema die "Nationale Front und die demokratische Schule" schreiben. Die Aufsätze der Lehrer werden in den Rektoraten ausgewertet und über die Kreisschulräte an das Volksbildungsministerium weitergeleitet.

+

Schwere Waffen werden nachgefahren

sp. Um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen, werden die Infanterie- und Pakgeschütze der Leipziger Polizeieinheiten auf dem Wege zum Geländedienst oder zu Schiessübungen auf sowjetischen LKWs den vorausmarschierenden Einheiten durch die Stadt nachgefahren. Im Winter noch zogen die Polizeieinheiten mit ihren Geschützen früh um 3.30 Uhr auf den Schiessplatz nach Bienitz.

- - -